



Axel Knoerig

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227 - 71729 - Fax: 030/227 - 76364
www.axel-knoerig.de - E-Mail: axel.knoerig@bundestag.de

Berlin, 2. Juni 2026

Knoerig: 26,3 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für die vier Kommunen im Nordkreis

Aus dem Sondervermögen des Bundes für „Infrastruktur und Klimaneutralität“ werden voraussichtlich rund 26,3 Mio. Euro in den nördlichen Landkreis Diepholz mit den vier Kommunen Bassum, Stuhr, Syke und Weyhe fließen. Für die niedersächsischen Kommunen wurde nun ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Verteilung und Verwendung regeln soll. Dazu informiert der hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig in einer Pressemitteilung.

Demzufolge sollen alle Kommunen einen festen Sockelbetrag von 1,5 Mio. Euro erhalten, jeweils ergänzt durch einen Beitrag, der sich nach der Einwohnerzahl und dem Anteil von Schlüsselzuweisungen nach dem Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz richtet.

So sind für die Stadt Bassum rund 4,6 Millionen Euro (4.590.635 Euro) vorgesehen. Die Stadt Syke kann voraussichtlich einen Investitionszuschuss von 6,8 Mio. Euro (6.804.513 Euro) erwarten. Über 5,6 Mio. Euro (5.644.653 Euro) sind für die Gemeinde Stuhr eingeplant. Und in die Gemeinde Weyhe sollen 9,3 Mio. Euro (9.303.075 Euro) fließen.

Insgesamt sind rund 136,8 Mio. Euro für den Wahlkreis angedacht, wobei 64,5 Mio. Euro für den Landkreis Diepholz einberechnet sind, der mit diesen Fördermitteln auch Maßnahmen in einzelnen Kommunen umsetzen kann.

„Die Kommunen bekommen die pauschalen Zuschüsse frei zur eigenen Verwendung, um selbst entscheiden zu können, ob sie z.B. in Bildung, Gesundheitsversorgung oder Verkehrsinfrastruktur investieren“, erklärt der Abgeordnete. „Die Fördermittel können auch rückwirkend für Investitionen eingesetzt werden, die bereits seit 1. Januar 2025 begonnen wurden. Natürlich ist noch das laufende Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene abzuwarten, aber die Bundesmittel sind auf den Weg gebracht und die Kommunen können sich schon Gedanken über geeignete Vorhaben machen.“

PRESENEMITTEILUNG